

# Wahlprüfsteine der Planenden Berufe in Deutschland zur Europawahl 2019

## Antworten der Parteien

### Inhalt

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ..	1
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD .....	5
Bündnis 90 – Die Grünen .....	11
Die LINKE .....	15
Freie Demokraten, FDP.....	20
AfD.....	25

## Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

### 1. Fragen

- Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt?
- Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung (auf europäischer Ebene) einsetzen?
- Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

### Antwort

Wir werden auch künftig gegenüber der Europäischen Kommission und der OECD die Vorteile der beruflichen Selbstverwaltung durch Berufskammern offensiv verteidigen. Wir bekennen uns zur Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen. Sie dient der Qualitätssicherung ebenso wie dem Verbraucherschutz. Die Wahrung der Unabhängigkeit der Berufsausübung ist ein hohes Gut und ein wichtiges Qualitätsmerkmal der Freien Berufe, das es grundsätzlich zu erhalten gilt. Die Freien Berufe können dies unterstützen, indem sie von Zeit zu Zeit selbstkritisch ihre eigenen Regelungen überprüfen und dort, wo es möglich ist, Liberalisierungen zulassen.

### 2. Fragen

- Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsankennungsrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen?
- Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

CDU und CSU bekennen sich auch in Zukunft zur Berufsbezeichnung der Architekten und Ingenieure. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist das ein Aushängeschild. Wir sind der Meinung, dass der Titel „Ingenieur/Ingenieurin“ mindestens drei theoretische Studienjahre erfordert. Dem KMK-Beschluss vom 10. Oktober 2003 entsprechend, müssen insgesamt 180 ECTS-Punkte nachgewiesen werden, um einen akkreditierten Bachelor-Abschluss zu erhalten.

Hinsichtlich der Mindestanforderung an Architekten wurde europaweit eine Studienzeit von fünf Jahren Vollzeit, bzw. von vier Jahren Vollzeit-Studium und zusätzlichen zwei Jahren Praxiszeit, festgelegt. So haben wir dafür Sorge getragen, dass die heute geltende Berufsqualifikationsanerkennungsrichtlinie bereits hohe Mindestanforderungen vorsieht. Eine Novellierung der Richtlinie müsste von der Europäischen Kommission angestoßen werden, dies ist derzeit nicht zu erwarten. Selbstverständlich werden CDU und CSU auch künftig für hohe Standards bei der Berufsqualifizierung für Architekten und Ingenieure eintreten.

### 3. Fragen

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern?
- Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann?
- Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern?
- Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinstunternehmen zu erleichtern?

Die Entfaltungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wollen wir stärken – u. a. bei öffentlichen Ausschreibungen. Beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen bestanden im Vergleich zu großen Unternehmen teilweise Nachteile, insbesondere auch für Start-ups. Bei der Weiterentwicklung des Vergaberechts werden wir uns wei-er dafür einsetzen, dass dies den KMU und insbesondere den Start-ups zugutekommt. Allerdings bieten die bestehenden Regelungen des Vergaberechts zahlreiche Möglichkeiten, deren Nutzung im Ergebnis die Chancen von KMU und Start-ups in Vergabeverfahren deutlich erhöhen (Gebot der Losaufteilung, Verbot unverhältnismäßiger Anforderungen an Unternehmen, stärkere Berücksichtigung innovativer, ökologischer und sozialer Kriterien, E-Vergabe, Novellierung des Rechts für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte).

Unser Ziel ist es aber auch, auf eine Änderung der Vergabepaxis hinzuwirken und insbesondere das Bewusstsein der öffentlichen Auftraggeber für die neuen Möglichkeiten des Vergaberechts auch im Interesse von KMU zu stärken.

Im Bereich der EU-Fördermittel für KMU führt das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit für kleine und mittlere Unternehmen „COSME im Zeitraum 2014 bis 2020 bewährte Förderinstrumente des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und In-novation (CIP, 2007-2013) fort und entwickelt sie weiter. Mit 2,3 Milliarden Euro stellt die EU deutlich mehr Geld für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Verfügung als unter dem Vorgängerprogramm. Der Schwerpunkt des

COSME-Programms liegt mit 1,4 Milliarden Euro auf der Bereitstellung von günstigem Wagniskapital und Garantien für Gründung, Expansion und Unternehmensübertragungen. Die COSME-Mittel sind von den KMU in Deutschland über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die LfA Förderbank Bayern und die Deutschen Bürgschaftsbanken abrufbar.

Darüber hinaus ermöglicht COSME eine Vielzahl an Politikmaßnahmen zur Förderung des Marktzugangs und des Unternehmertums sowie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen (s. jährliche COSME-Arbeitsprogramme). Ausschreibungen im Zusammen-hang mit der Programmumsetzung werden entweder von der Europäischen Kommission selbst oder über eTendering veröffentlicht. Im Rahmen dieser Einzelmaßnahmen fördert COSME u. a. weiterhin das unter dem CIP 2007-2013 geschaffene Beratungs-und Unterstützungsnetzwerk „Enterprise Europe Network“ (EEN). Die Kontaktstellen dieses Netzwerks bieten KMU maßgeschneiderte Dienstleistungen und Unterstützung, damit sie besseren Zugang zu ausländischen Märkten und zu den EU-Förderprogrammen finden.

Das EEN-Netz besteht in Europa aus mehr als 400 Kontaktstellen, darunter Handels-kammern, regionalen Entwicklungsagenturen und Technologiezentren an Hochschulen. Allein in Deutschland gibt es 13 Konsortien mit rund 60 Kontaktstellen. Bei den EEN-Partnern können sich Unternehmen konkret über COSME informieren, beispiels-weise auch im Hinblick auf Finanzierungsmöglichkeiten.

#### 4. Fragen

- Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern?
- Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken?
- Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabe-verfahren fördern?

Siehe Antwort 3

#### 5. Fragen

- Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen?
- Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

Bürokratieabbau bleibt eine Daueraufgabe – auch im Baubereich, der wir uns stellen. Im „Arbeitsprogramm Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau 2018“ hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, bei geeigneten Vorhaben den Handlungsbedarf, ihr Verständnis der zugrundeliegenden Probleme und Lösungsansätze mit den Betroffenen zu beraten, bevor Entwurfstexte im Detail ausgearbeitet und ausformuliert werden. Dabei stehen die praktischen Aspekte von Umsetzung und Vollzug sowie die Passgenauigkeit der angestrebten Maßnahmen für die betroffenen Zielgruppen im Vordergrund. Die Bundesregierung wertet die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Ansätzen der Beteiligung Betroffener in der Frühphase von Politik- und Regelungsiniciativen aus. Ziel ist es, Beispiele guter Praxis für eine frühzeitige Zusammenarbeit mit Betroffenen zu identifizieren, die der Wirksamkeit und Akzeptanz der Vorhaben dient. Auf Grundlage guter Praxis können für geeignete Fälle gemeinsame Standards für die Bundesregierung entwickelt werden. Davon könnte auch der Baubereich profitieren.

#### 6. Fragen

- Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern?
- Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern?

Es ist ein zentrales Anliegen der Union, geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt zu schützen. Dementsprechend wollen die bestehenden gesetzlichen Schutzrechte stärken, indem wir dafür sorgen, dass sie auch im digitalen Kontext tatsächlich durchsetzbar sind. Ziel der laufenden Reformbemühungen zum Europäischen Urheberrecht ist es gerade, die Durchsetzung von Urheberrechten in derselben Weise zu ermöglichen, wie es für uns im analogen Bereich selbstverständlich ist.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat am 15. November 2018 ihre Strategie Künstliche Intelligenz beschlossen. Zielsetzung ist, dass Deutschland und Europa zu einem führenden Standort für die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien werden und die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern sollen. Zudem soll eine verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung von KI sichergestellt und die KI im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen Dialogs und einer aktiven politischen Gestaltung ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell in die Gesellschaft eingebettet werden. 6

Bis 2025 stehen rund 3 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Umsetzung der Strategie zu stärken. Hierzu wird die Bundesregierung in zwölf Handlungsfeldern Maßnahmen umsetzen. Diese sind: Forschung in Deutschland und Europa stärken, Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft beschleunigen, Verfügbarkeit von Fachkräften und Experten fördern, Strukturwandel in Unternehmen und am Arbeitsmarkt gestalten, Rahmenbedingungen für die ethische Anwendung Künstlicher

Intelligenz schaffen, europäische und internationale Zusammenarbeit zu KI-Themen vertiefen und gesellschaftliche Dialoge zu den Chancen und Auswirkungen künstlicher Intelligenz fördern.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist für uns der Transfer der Erkenntnisse aus der Forschung in die Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Ein Ziel ist es, die Anwendung von KI-Elementen im Mittelstand schnell zu verbessern. Deshalb werden Unterstützungsangebote für KMU, etwa durch „KI-Trainer“ in den Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren gestärkt und die Gründungsförderung von KI-Startups ausgebaut. Auch die Stärkung der Forschung bildet ein wichtiges Handlungsfeld der Strategie. Hier sieht die Bundesregierung beispielsweise die Schaffung von mindestens 100 neuen Professuren im Bereich von KI vor.

Im Januar 2019 startete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Innovationswettbewerb „Künstliche Intelligenz (KI) als Treiber für volkswirtschaftlich relevante Ökosysteme“. Weitere Förderprogramme werden in diesem Jahr folgen. Über Näheres informiert die Förderberatung des BMWi.

#### 7. Fragen

- Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?
- Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff- und Energiequellen stärken? Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren?

#### 8. Fragen

- Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?
- Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken für mehr Energieeffizienz in Gebäuden zu fördern?

(zu 7. und 8.)

Die Entwicklungen im Bereich Digitalisierung können laut der Energieeffizienzstrategie Gebäude einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der Energiewende im Gebäudebereich leisten. Dazu gehören zum Beispiel die bessere Berücksichtigung von Energieeffizienzmaßnahmen und des Einsatzes erneuerbarer Energien in der digitalisierten Planung sowie digitale Anwendungen für die Gebäudenutzung wie zum Beispiel die energieeffiziente Steuerung von Anlagen. Knapp zweieinhalb Jahre nach dem Start des Innovationsförderprogramms „Pilotprogramm Einsparzähler“ ist eine lebendige Start-up-Kultur entstanden. Das BMWi verlängert deshalb das erfolgreiche Förderprogramm bis zum Jahr 2022 und unterstützt damit die Entwicklung digitaler Plattformen und innovativer Geschäftsmodelle. Im Fokus stehen digitale Energiespar-Assistenten und digitale Plattformen für innovative Geschäftsmodelle für die Energiewende.

Seit dem Jahr 2016 hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für das BMWi mehr als 50 Pilotprojekte zum Energiesparen bewilligt. Gefördert werden zum Beispiel Projekte zur digital gestützten und individualisierten Energieberatung in Echtzeit, automatisch schaltende „Energiespar-Assistenten“ oder innovative Gebäude- und Heizungstechnik, die individualisiert, wetterprognoseabhängig und durch künstliche Intelligenz gestützt arbeitet. Die geförderten Projekte ermöglichen den energieoptimierten Betrieb etwa von Büro- und Verkaufsflächen, Krankenhäusern, Schwimmhallen, Hotels und Restaurants oder industriellen Produktionsprozessen.“

Generell wollen wir den Flächenverbrauch gering halten, indem wir schwerpunktmäßig auf den intensiveren Gebrauch bereits erschlossener Flächen etwa im Innenraum von Siedlungen setzen. Zudem wollen wir im Gebäudebereich den Einsatz erneuerbarer Energie und die Energieeffizienz voranbringen und Regelungen in einem Gebäudeenergiegesetz zusammenfassen.

#### 9. Fragen

- Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, das Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?

- Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

Wir bekennen uns zu einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung. Der Mix aus städtischem Erbe, Bestand und Neubau ist identitätsstiftend und modern zugleich. Mit seinem Bekenntnis zur Deklaration „Towards a high-quality Baukultur for Europe“ hat Deutschland ein klares Zeichen dafür gesetzt. Die Umsetzung obliegt zuständigkeitshalber den Kommunen.

Bei der Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik ist grundsätzlich ein hohes Maß an Qualität ein wichtiges Kriterium. Das schließt die Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der erforderlichen Fachleute mit ein. Bei den Vergabeverfahren und der Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten gilt es hierauf verstärkt zu achten.

Wir begrüßen die EU-Städteagenda. Ein intensiver Austausch der europäischen Städte trägt dazu bei, dass europäische Städte voneinander lernen, wie sie moderner, nachhaltiger und lebendiger werden können. Von diesem Austausch profitiert auch die Europäische Union, wenn sie die Expertise der Städte unmittelbar zum Maßstab ihrer Politiken macht.

#### 10. Fragen

- Wie werden Sie zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene und zu mehr Praxisnähe beitragen?
- Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistig-schöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?
- Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

CDU und CSU wollen Bürger und Unternehmen entlasten und räumen dem Abbau der Bürokratie einen besonderen Stellenwert ein. Unser Europa sorgt dafür, dass – wie in Nationalstaaten üblich – Gesetzesvorschläge, die bis zum Ende einer Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes nicht verabschiedet wurden, neu eingebracht werden müssen. So kann geprüft werden, ob Gesetzesinitiativen aus vorhergehenden Legislaturperioden sachlich überhaupt noch notwendig sind oder zumindest zeitlich angepasst werden müssen. Unser Europa setzt einen unabhängigen Europäischen Normenkontrollrat ein: Er hat die Aufgabe, die Kosten der Bürokratie und die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips im Vorfeld von neuen Regelungen auf allen Ebenen abzuschätzen und effektiv Kosten zu begrenzen. Er berät die Institutionen der EU für eine bessere Rechtsetzung – mit weniger Bürokratie.

Gesetzgebungsverfahren müssen dabei stets transparent gestaltet werden. Dazu ist der direkte Austausch mit betroffenen Berufsgruppen notwendig – auch um dem besonderen Charakter geistig-schöpferischer Leistungen Rechnung zu tragen.

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD

### 1. DIE FREIBERUFLICHKEIT IM BINNENMARKT SICHERN, QUALITÄT UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN

- Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt?
- Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen?
- Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

Die SPD bekennt sich zu den freien Berufen als wichtige Säule unserer Gesellschaft, als Unterstützer des Gemeinwohls, als Garanten für qualitativ hochwertige Dienstleistungen und als wichtige Wirtschaftsakteure im Hinblick auf die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Unser Anliegen ist die Stellung der freien Berufe und damit die Qualität ihrer Leistungen zu stärken und ihr Selbstverwaltungsrecht zu schützen. Insbesondere wollen wir keinen Europäischen Wettbewerb fördern, der ausschließlich auf den niedrigsten Preis setzt und andere Gesichtspunkte, wie Qualität und Verantwortung außen vorlässt. Die Selbstverwaltung der freien Berufe ist eine anerkannte Organisationsstruktur in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Selbstverwaltung der freien Berufe erhalten bleibt. Dabei wollen wir, dass Vorschriften über die Pflichtmitgliedschaft dergestalt festgesetzt werden, dass Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit gewahrt bleiben.

Der Qualität von zu erbringenden Dienstleistungen der freien Berufen messen wir große Wichtigkeit bei. Die Sicherung der Qualität dient den Verbraucherinnen und Verbrauchern genauso, wie den Freiberuflern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

## 2. AUSBILDUNG FÜR ALLE FACHRICHTUNGEN DER ARCHITEKTUR UND PLANUNG AUF HOHEM NIVEAU SICHERN

- Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsankennungsrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen?
- Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

Wir wollen, dass reglementierte Berufe sich durch eine qualitativ hochwertige Ausbildung auszeichnen, damit die Qualität der zu erbringenden Leistungen gewährleistet bleibt. Dies muss in besonderem Maße für die Berufe von Architekten und Ingenieuren gelten, die bei ihrer Arbeit neben ihrer handwerklichen Ausbildung, ihrer Kreativität und ihrer besonderen Verantwortung auch eine Vielzahl von Rechtsvorschriften zu beachten haben. Daher werden wir keine Bestimmung gutheißen, die den Abbau von Berufsregeln vorsehen, deren einziger Zweck darin besteht, den Wettbewerbsdruck zu erhöhen, die aber nicht auf den Erhalt von Qualität ausgerichtet sind. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden unser politisches Gewicht in die Waagschale werfen, um einen hohen Ausbildungsgrad bei Berufsqualifikationen von freien Berufen zu erhalten oder in einigen Mitgliedstaaten entsprechend zu erhöhen.

## 3. DEN MARKTZUGANG KLEINER UND MITTELSTÄNDISCH ORGANISierter PLANUNGSBÜROS FÖRDERN

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern?
- Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann?
- Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? (s. auch Ziff. 4)
- Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinstunternehmen zu erleichtern?

Einen existenzbedrohenden Wettbewerb durch Billigkonkurrenz, die nicht dieselben Anforderungen in Bezug auf Sozial- oder Steuerstandards haben, lehnen wir als unfair ab. Wir wollen keinen Europäischen Binnenmarkt, in dem soziale Errungenschaften als Hindernis in einem ungleichen Wettbewerb angesehen werden. Außerdem wollen wir durch eine Angleichung von hohen Ausbildungsstandards den Marktzugang zugunsten von Dienstleistungen regulieren, die der Verbrauchererwartung entspricht.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für einen echten Europäischen Binnenmarkt bewirkt und eine weitgehende rechtliche Angleichung der Ausgangsbedingungen für die Marktteilnehmer und einheitliche Anwendung der Bestimmungen durchgesetzt. So konnten wir

erreichen, dass sich gerade für kleine und mittlere Unternehmen mit den Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe, über die Vergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie-, und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und über die Konzessionsvergabe die Teilnahmevoraussetzungen an öffentlichen Vergabeverfahren entscheidend verbessert haben. Dadurch werden etwa öffentliche Auftraggeber und Auftraggeberinnen dazu angehalten Großaufträge in einzelne Lose zu unterteilen, damit auch kleinere Unternehmen erfolgreich an einer Ausschreibung teilnehmen können.

Es ist auch an den Mitgliedsländern, an Kammern und Verbänden durch rechtzeitige Bekanntgabe, durch die Transparenz von Anforderungsprofilen, durch die Vermittlung von Partnerschaften und durch die Bereitstellung von Best-Practices die Beantragung von Förderungen zu erleichtern.

#### 4. VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE

##### QUALITÄTSORIENTIERT GESTALTEN – PLANUNGSWETTBEWERBE STÄRKEN

- Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern?
- Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken?

Innovation, Qualität, Sozialverträglichkeit und Umweltfreundlichkeit waren maßgebliche Kriterien der europäischen Vergaberechtsreform von 2016, die in verschiedenen vergaberechtlichen Vorschriften ihre Ausprägung gefunden haben und das ursprüngliche Kriterium der Wirtschaftlichkeit, als neue strategische Ziele ergänzten. Die Verbindung eines Vergabeverfahrens mit strategischen oder politischen Zielen kann angesichts oft sehr hoher Auftragssummen in hohem Maße dazu beitragen, dass die Verbreitung und Vermittlung solcher Kriterien gefördert und dadurch Standards etabliert werden. Der Ermessensspielraum des öffentlichen Auftraggebers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss allerdings noch in weitaus höherem Maße genutzt werden.

Der Planungswettbewerb sollte ein fester Bestandteil der öffentlichen Auftragsvergabe im Sektor planerischer Vorhaben einnehmen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass dadurch die Fairness der Ausschreibung untergraben wird, etwa in dem der Zugang zum Planungswettbewerb unangemessen eingeschränkt wird und somit die spätere Entscheidung des Preisgerichts beeinflusst wird.

- Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

Die Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe von 2014 sieht auch aufgrund des Bestrebens der SPD bereits in den Erwägungsgründen, insbesondere 66 und 78, vor, dass die Möglichkeiten zur Teilnahme von KMU an großen Beschaffungssystemen gefördert werden sollen. Dies erfolgt etwa durch die Aufteilung in Lose: Um die Möglichkeiten für KMU zur Teilnahme an einem großen dynamischen Beschaffungssystem zu fördern, beispielsweise an einem System, das von einer zentralen Beschaffungsstelle betrieben wird, sollte der betreffende öffentliche Auftraggeber für das System objektiv definierte Kategorien von Waren, Bauleistungen oder Dienstleistungen formulieren können. Solche Kategorien sollten unter Bezugnahme auf objektive Faktoren definiert werden, wie beispielsweise den höchstens zulässigen Umfang konkreter Aufträge, die innerhalb der betreffenden Kategorie vergeben werden sollen, oder ein spezifisches geografisches Gebiet, in dem konkrete Aufträge auszuführen sind. Wird ein dynamisches Beschaffungssystem in Kategorien unterteilt, so sollte der öffentliche Auftraggeber Eignungskriterien anwenden, die im Verhältnis zu den wesentlichen Merkmalen der betreffenden Kategorie stehen. Die öffentliche Vergabe sollte an die Bedürfnisse von KMU angepasst werden. Den öffentlichen Auftraggebern sollte empfohlen werden, auf den Leitfaden für bewährte Verfahren zurückzugreifen, der im Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen vom 25. Juni 2008 mit dem Titel „Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen“ wiedergegeben ist und Vorgaben enthält, wie sie die Vergabevorschriften so anwenden können, dass die Beteiligung von KMU erleichtert wird. Zu diesem Zweck und um den Wettbewerb zu stärken, sollten öffentliche Auftraggeber insbesondere ermutigt werden, große Aufträge in Lose zu unterteilen. Eine solche Unterteilung könnte auf einer quantitativen Grundlage erfolgen, so dass die Größe der Einzelaufträge jeweils der Kapazität der kleineren oder mittleren Unternehmen besser entspricht, oder auf einer qualitativen Grundlage gemäß den verschiedenen involvierten Gewerken und Spezialisierungen, so

dass der Inhalt der Einzelaufträge stärker an die Fachsektoren der KMU angepasst wird, oder gemäß den unterschiedlichen aufeinander folgenden Projektphasen.

## 5. PRAXISGERECHTE NORMUNG ERREICHEN

- Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen?
- Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

In Zukunft werden wir Normierungen verstärkt an den Gegebenheiten der Marktentwicklung und damit an den Schnittstellen der Wertschöpfung von Produktion, Planung, Dienstleistung und Digitalisierung ausrichten müssen. Normen müssen noch mehr dazu dienen, dass Innovation gefördert wird, dass Waren und Dienstleistungen eine bessere Qualität aufweisen, nachhaltiger und sicherer werden.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Europäische Normungspolitik auch als ein wichtiges Instrument, um etwa die Qualität von Leistungen der planenden Berufe europaweit zu erhöhen. Darüber hinaus haben Normen eine wichtige Regulierungsfunktion etwa im Hinblick auf Freihandelsabkommen, die wir ausschließlich unter dem Blickwinkel eines fairen Wettbewerbs gutheißen.

Bei der Erstellung und der Bewertung von Normen streben wir eine breitere Beteiligung der betroffenen Akteure an. Künftig wollen wir zudem sicherstellen, dass einzelne Normen, die sich nicht bewährt haben, im Interesse aller Marktteilnehmer einfacher ersetzt werden können.

## 6. DIGITALE ENTWICKLUNG IN DER PLANUNGS- UND BAUBRANCHE FÖRDERN

- Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern?
- Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern?

Mit dem Inkrafttreten der Brüssel Ia-Verordnung über die vereinfachte Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen des Zivil- und Handelsrechts im Jahr 2015 hat der Europäische Gesetzgeber ein wichtiges Instrument geschaffen, dass Unternehmen ihre Ansprüche aus gewerblichen Schutzrechten besser durchsetzen können.

Zudem würde die wegen des Einsatzes von Uploadfiltern zurecht umstrittene Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt einen Beitrag leisten, damit Urheberrechte und verwandte Schutzrechte im Rahmen des digitalen Binnenmarkts besser geschützt werden, wobei insbesondere die digitale und grenzübergreifende Nutzung geschützter Werke für geistiges Eigentum berücksichtigt würden. Für eine Unterstützung dieser Richtlinie müsste aber die unverhältnismäßige Zensur im Internet durch den Einsatz von Uploadfiltern abgebaut werden.

Die Europäische Kommission hat im vergangenen April ihre Mitteilung zur künstlichen Intelligenz veröffentlicht, die konkretere Gesetzgebungsinitiativen enthält. Künstliche Intelligenz kann insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen gewinnbringend genutzt werden. Deswegen unterstützen wir das von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmenpaket, das auch eine Plattform für „Künstliche Intelligenz auf Abruf“ vorsieht und über die Interessenten Beratung und einfachen Zugang zu den neuesten Algorithmen und Fachkenntnissen erhalten, ein Netz der digitalen Innovationszentren mit Schwerpunkt Künstliche Intelligenz, das Erprobung und Versuche erleichtern soll, und industrielle Datenplattformen, die hochwertige Datenbestände bereitstellen.

## B. NACHHALTIGES BAUEN IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

### 7. KLIMASCHUTZ, ENERGIEZIELE UND KLIMAAANPASSUNGEN ALS

#### GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE BETRACHTEN

- Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

Die Europa-SPD setzt sich dafür ein, dass der Anteil der erneuerbaren Energien in allen Sektoren steigt. Mit Blick auf eine langfristige Klimastrategie hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 werden wir in der EU nicht umhinkommen, unseren Energiebedarf überwiegend aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dies gilt auch für den Bausektor. Gleiches gilt für den nachhaltigen Umgang mit Materialien, wo die Devise Reduce, Reuse, Recycle gelten muss. Bei der Berücksichtigung der Grauen Energie setzt sich die Europa-SPD für eine ganzheitliche Bewertung von Produkten und Materialien ein, bei der der Umwelt- und Klimafußabdruck über den gesamten Lebenszyklus des Produktes betrachtet wird.

- Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff und Energiequellen stärken?

Die Europa-SPD unterstützt das Energieeffizienz-Ziel der EU, nach dem bis 2030 die Energieeffizienz EU-weit um 32,5% verbessert werden soll. Für die langfristige Klimastrategie der EU bis 2050 wird der Gebäudesektor eine wichtige Rolle spielen und sollte daher in die Gesamtstrategie integriert werden. Dabei muss die Rolle, die Gebäude im Stadt- und Landschaftsbild spielen, mit anderen Bereichen wie Mobilität und dem demographischen Wandel verknüpft werden. Gebäude können einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der EU Klimaziele sowie für die Förderung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energiemix leisten, zum Beispiel durch die bereits in der EPBD beschlossenen Vorgaben zum Aufbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge.

- Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte und Förderpolitiken der EU integrieren?

Bei den europäischen Förderprogrammen und deren eventueller Überarbeitung müssen in den kommenden Jahren grüne Technologien in besonderem Maße gefördert werden. Dabei dürfen die sozialen Folgen von zum Beispiel Gebäude- und Infrastruktursanierungen nicht außer Acht gelassen werden. Beim Wandel hin zu sauberen, energieeffizienten und intelligenten Städten müssen die Bewohner dieser Städte in besonderem Maße mitgenommen werden.

## 8. INTELLIGENTE TECHNOLOGIEN IM GEBÄUDEBEREICH SINNVOLL EINSETZEN

- Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?
- Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Um den Energieverbrauch von Nichtwohngebäuden möglichst gering zu halten, sollten zunehmend digitale Systeme der Gebäudeautomatisierung genutzt werden, die den Energieverbrauch kontinuierlich überwachen, analysieren und anpassen. Die Nutzung digitaler Systeme ist ein konkretes Beispiel dafür, wie wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können, um den Energieverbrauch unserer Gebäude so effizient wie möglich zu halten. In Zukunft wird auch die künstliche Intelligenz eine zentrale Rolle spielen. Das Europa-Parlament wird entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen, aber auch kritisch bewerten.

Die Europa-SPD fordert beim Einsatz intelligenter Technologien in Gebäuden einen Ansatz, der die Menschen, die diese Gebäude nutzen, respektiert und deren Bedürfnisse berücksichtigt. Besonders wichtig ist bei der Digitalisierung der Gebäude der Datenschutz, da durch eine kontinuierliche Überwachung dieser Infrastrukturen große Datenmengen gesammelt werden, deren Missbrauch verhindert werden muss.

## C. BAUKULTUR UND NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

### 9. BAUKULTUR STÄRKEN UND GRUNDSÄTZE EINER INTEGRATIVEN UND NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG BERÜCKSICHTIGEN

- Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, das Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?

Hier sehen wir aus Sicht des europäischen Gesetzgebers wenig Möglichkeiten. Das Ziel, das Bewusstsein von ArchitektInnen und StadtplanerInnen für Qualität beim Bauen zu schärfen, kann (und sollte) nicht durch europäische „Vorgaben“ erreicht werden, sondern durch Vermittlung dieser Ideen bereits in Ausbildung und Studium.

- Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?

Weder bei der Qualität der baulichen Umwelt noch bei der Frage, wie Qualifizierung der Fachleute auszusehen hat, kann und will die EU Vorgaben machen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die vorhandenen Fonds richtig genutzt werden. Die Strukturfonds EFRE und ESF können Maßnahmen zur Qualifizierung von Fachleuten finanzieren. Verantwortlich für diese Fonds sind in Deutschland die Bundesländer. Hier müsste also in den jeweiligen regionalen Programmen dafür gesorgt werden, dass die spezifischen Forderungen aufgegriffen werden.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

Der Pakt von Amsterdam ist eine große Errungenschaft. Das Europäische Parlament hat sich dazu frühzeitig positioniert (Bericht der SPD-Abgeordneten Kerstin Westphal) und dafür gesorgt, dass das Parlament regelmäßig über die Entwicklungen der Städteagenda informiert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse der „thematischen Partnerschaften“ nicht nur registriert und dann zur Seite gelegt werden werden, sondern dass sie in die Gesetzgebung einfließen. Die Ideen, die die Partnerschaften in ihren Aktionsplänen erarbeiten, müssen auf europäischer Ebene verwirklicht werden. Mit einem Gesetzes-Initiativrecht des Parlaments (was wir aktuell nicht haben) wäre das noch einfacher.

#### D. BESSERE RECHTSETZUNG AUF EU-EBENE

##### 10. BESSERE RECHTSETZUNG DURCH VERSTÄRKTE TRANSPARENZ, KLARHEIT UND BETEILIGUNG ERREICHEN

- Wie werden Sie zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen?
- Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistigschöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?
- Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Für die Europa-SPD steht außer Frage, dass Gesetzesinitiativen mit allen betroffenen Gruppen erörtert werden müssen, dass ausreichend Zeit für Konsultationen zur Verfügung stehen sollte, und dass die Ergebnisse der Konsultation von den EU-Institutionen berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form der verdeckten Einflussnahme. Für die Bürgerinnen und Bürger muss ersichtlich sein, wer welche Interessen vertritt, welche Finanzierung zur Verfügung steht und wer die Mittel bereitstellt. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für die Stärkung des EU-Lobbyregisters (Transparenzregister) der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments ein. Treffen mit Entscheidungsträgern sollten nur für jene Interessenvertreter möglich sein, die sich ordnungsgemäß im Register eingetragen haben.

In der laufenden Legislaturperiode haben wir gegen den entschiedenen Widerstand der konservativen EVP-Fraktion durchgesetzt, dass Abgeordnete mit besonderen Aufgaben ((Schatten-)Berichterstatter und Ausschussvorsitzende) verpflichtend alle Treffen mit Interessenvertretern veröffentlichen müssen. Alle Abgeordnete sind zudem dazu aufgerufen, grundsätzlich nur Interessenvertreter zu treffen, die im Register registriert sind. Auch Kommissare und hohe Beamte in der Kommission dürfen ausschließlich registrierte Interessenvertreter treffen und müssen die Treffen veröffentlichen. Dass die Maßnahmen wirken, zeigt sich schon darin, dass sich mittlerweile knapp 12.000 Organisationen im EU-Lobby-Register eingetragen haben.

Das Europäische Parlament, in dem auch Ausschusssitzungen generell öffentlich sind und im Internet live und als Aufzeichnung zur Verfügung stehen, ist damit Vorreiter in Sachen transparenter Beschlussfassung. Die SPD fordert, dass auch der Ko-Gesetzgeber, die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union, ähnlichen Standards folgt. Leider arbeitet der Rat nach wie vor eher wie ein diplomatisches Forum als eine gesetzgebende Kammer in einer parlamentarischen Demokratie. Der Rat ist die Black Box der EU-Institutionen und das größte Hindernis für ein transparenteres Gesetzgebungsverfahren. Dokumente werden den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten, indem der Rat sie systematisch und ohne Prüfung als geheim einstuft. Wenn der Rat nach Monaten interner Verhandlungen einen Beschluss präsentiert, ist oft selbst für Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europaparlaments nicht nachvollziehbar, wie der Beschluss zustande gekommen ist und welche Positionen die einzelnen Mitgliedstaaten vertreten haben. Das gilt insbesondere für die mehr als 150 vorbereitenden Gremien im Rat. Wir fordern deshalb, dass die Sitzungen durch eine Liveübertragung im Webstream für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wie es bei Ausschusssitzungen im Europaparlament schon seit geraumer Zeit der Fall ist. Auch die Sitzungen informeller Gremien wie der Eurogruppe müssen nachvollziehbar sein. Die Eurogruppe entscheidet im Zuge von Euro-Rettungsprogrammen über Maßnahmen, die Millionen von Europäerinnen und Europäer betreffen. Sowas darf nicht im dunklen Kämmerlein passieren.

Der Rat solle zudem öfter öffentlich abstimmen, wie vom Lissabon-Vertrag vorgesehen. Obwohl Mehrheitsentscheidungen möglich seien, beschließen die Mitgliedstaaten in den meisten Fällen im Konsens. Dadurch umgehen sie die Pflicht, sich in einer öffentlichen Abstimmung zu positionieren. Nationale Regierungen können so im Ministerrat EU-Regeln beschließen und die Verantwortung beim geringsten Gegenwind auf 'Brüssel' schieben – damit muss Schluss sein. Die Europäische Union ist keine fremde Macht, sondern die Gesamtheit ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitgliedstaaten, die gemeinsam Entscheidungen treffen. Abstimmungen sind das Wesen der Demokratie und es ist keine Schande, auch mal auf der Verliererseite zu stehen. Es ist höchste Zeit, dass auch der Rat seine Arbeitsweise an die Anforderungen einer modernen und transparenten parlamentarischen Demokratie anpasst, anstatt durch anhaltende Geheimnistuerei Europaverdruss zu fördern.

Die SPD wird sich weiterhin für transparente Entscheidungsverfahren einsetzen. Transparenz ist das beste Mittel gegen Gerüchte, Verschwörungstheorien und Fake-News.

## Bündnis 90 – Die Grünen

### A. BINNENMARKT

#### 1. DIE FREIBERUFLICHKEIT IM BINNENMARKT SICHERN, QUALITÄT UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN

- Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt? Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen? Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

Freiberuflichkeit kann durch einen verbesserten Zugang zu europäischen Bildungsprogrammen sowie einen verbesserten Zugang zu Finanzierungsprogrammen wie bspw. COSME, das Programm für kleine und mittlere Unternehmen, gesichert werden. Dieses wird momentan im Rahmen des EU-Haushalts neu verhandelt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Unsere Kolleg\* im Deutschen Bundestag streiten für ein modernes und transparentes Kammerwesen und unterstützen den kontinuierlichen Reformprozess im Kammerwesen aktiv.

#### 2. AUSBILDUNG FÜR ALLE FACHRICHTUNGEN DER ARCHITEKTUR UND PLANUNG AUF HOHEM NIVEAU SICHERN

- Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsanerkennungsrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren

zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen? Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

Wir unterstützen den Bologna-Prozess, der die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen verbessern soll. Wir fordern dabei sowohl von der Europäischen Kommission als auch von den EU-Mitgliedstaaten ein größeres politisches Engagement und das Bereitstellen größerer finanzieller Mittel. Nur so ist ein echter europäischer Hochschulraum zu erreichen. Uns ist ein hohes Ausbildungsniveau der Europäer\*innen wichtig und wir sind überzeugt, dass Europa eine Führungsrolle in Bildung und Ausbildung einnehmen sollte. Deshalb darf die Ausbildung von Architekt\*innen und Ingenieur\*innen, aber auch aller anderen Planenden Berufe, nicht hinter weltweite Mindeststandards zurückfallen.

### 3. DEN MARKTZUGANG KLEINER UND MITTELSTÄNDISCH ORGANISierter PLANUNGSBÜROS FÖRDERN

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann? Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinunternehmen zu erleichtern?

Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Grundlage einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. Wie bisher unterstützen KMU entsprechend dem europäischen Small Business Act. Die Ziele, die Sie in Ihrem Wahlprüfstein hinsichtlich des Marktzugangs von KMU aus Ihrem Bereich formulieren, unterstützen wir.

### 4. VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE QUALITÄTSORIENTIERT GESTALTEN – PLANUNGSWETTBEWERBE STÄRKEN

- Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern? Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken? Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

Wir werden im öffentlichen Hochbau und für Musterplanungen stärker von Planungswettbewerben Gebrauch machen und dabei ermöglichen, dass sich auch junge und kleine Planungsbüros beteiligen. Wir GRÜNE streiten für die Vereinfachung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe, um sie insbesondere für KMU benutzerfreundlicher zu gestalten. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten darüber hinaus Instrumente einführen, damit KMU besser informiert sind.

### 5. PRAXISGERECHTE NORMUNG ERREICHEN

- Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen? Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

Die Europäische Union muss ihr Standardisierungssystem kontinuierlich verbessern, damit es Wirtschaft und Gesellschaft noch besser unterstützt. Dabei müssen die Anliegen von KMU systematisch berücksichtigt werden, wie es der Tradition europäischer Standardisierungs-Politik entspricht. Die Forderung, dass Normung nicht zur Unterstützung von Politikzielen eingesetzt werden dürfe, würden wir nicht unterstützen, wobei natürlich klar ist, dass es auf die richtige Balance ankommt. Eine Parlamentarisierung von Normierungs- und Standardisierungsverfahren halten wir für falsch; eine solche Politisierung würde mehr Hindernisse schaffen als beseitigen. Normprojekte im Bauwesen müssen nicht nur auf Marktrelevanz und Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte aus Sicht einzelner Unternehmen Rücksicht nehmen, sondern insbesondere auch unter der Perspektive volkswirtschaftlicher Effizienz betrachtet werden. Bei der Revision der EU-Bauprodukteverordnung sollten nationale Sicherheitsanforderungen für Bauwerke einer gemeinsamen Regelung für den europäischen Binnenmarkt nicht im Wege stehen.

## 6. DIGITALE ENTWICKLUNG IN DER PLANUNGS- UND BAUBRANCHE FÖRDERN

- Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?

Ihre Forderung, dass gesetzliche Datenschutzrechte „zukünftig an neue Entwicklungen... angepasst werden“ müssten, ist mindestens zweideutig. Beim Datenschutz geht es um die Realisierung von Grundrechtsstandards, die nicht je nach Entwicklung digitaler Technologien zur Disposition gestellt werden sollten.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern? Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern? Wie kann das EU-Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?

Wir stimmen Ihren Überlegungen zu.

## B. NACHHALTIGES BAUEN IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

### 7. KLIMASCHUTZ, ENERGIEZIELE UND KLIMAAANPASSUNGEN ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE BETRACHTEN

- Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

Bis 2050 fordern wir den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien - auch im Gebäudebereich. Wir sind zudem überzeugt, dass eine Bepreisung von CO<sub>2</sub> auch bei Baumaterialien zum Umstieg auf nachhaltigere Materialien führen kann. Leider wird dies bislang durch freie Zuteilung von Zertifikaten im Emissionshandel verhindert. Auch sollte bei Gebäudemodernisierungen die Nutzung nachhaltiger Materialien verstärkt gefördert werden.

- Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff und Energiequellen stärken?

Wir fordern nicht nur die Nutzung nachhaltiger Materialien, sondern auch den sparsamen und klugen Umgang mit diesen Ressourcen. In einer wirklichen Kreislaufwirtschaft sollen langlebige Materialien genutzt, repariert, wiederverwendet und dann recycelt werden. Auch im Energiebereich reicht es nicht, auf Erneuerbare umzusteigen. Auch diese Energie muss sparsam und effizient eingesetzt werden.

- Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren?

In der EU-Förderpolitik, die auch Förderung für Stadtentwicklung einschließt durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), fordern wir GRÜNE, dass ein Anteil von 40% der EFRE-Mittel für das Ziel "Grüneres Europa" ausgegeben wird. Dieses Ziel umfasst auch Maßnahmen in Klimaanpassung und grüne Infrastruktur. Wir gehen damit über den Vorschlag der Europäischen Kommission hinaus. Wir möchten damit erreichen, dass ein wesentlicher Betrag der verfügbaren EFRE-Mittel in Projekte der nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz von Umwelt und Klima gelenkt wird. Zur Sicherung der Klimaverträglichkeit gemeinsamer Infrastrukturprojekte muss Energieeffizienz an erster Stelle stehen. Langfristige ökologische und gesellschaftliche Auswirkungen sowie die Ökobilanz von Projekten müssen berücksichtigt werden.

### 8. INTELLIGENTE TECHNOLOGIEN IM GEBÄUDEBEREICH SINNVOLL EINSETZEN

- Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen? Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Mit dem Digital Europe Programme und mit der Förderung von Digital Innovation Hubs trägt die EU dazu bei, die Digitalisierung der Wirtschaft insgesamt zu unterstützen. Weitere Schritte sind auch in dem vom Europäischen Parlament beschlossenen Bericht zur Digitalisierung der europäischen Industrie enthalten. Insbesondere bei KMU allerdings muss die Bereitschaft, die

Digitalisierungsherausforderung ernst zu nehmen, noch deutlich wachsen. Das dafür erforderliche Umdenken kann die öffentliche Hand unterstützen, aber nicht ersetzen.

## C. BAUKULTUR UND NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

### 9. BAUKULTUR STÄRKEN UND GRUNDSÄTZE EINER INTEGRATIVEN UND NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG BERÜCKSICHTIGEN

- Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, dass Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne des Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?

Wir setzen uns für Nachhaltigkeit beim Bauen ein und streiten in den relevanten Ausschüssen für eine hochwertige Baukultur im Schulterschluss mit den verschiedenen Berufsgruppen des Planens und Bauens unter Einbezug der Zivilgesellschaft.

- Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?

Wir GRÜNE setzen sich seit Jahren sehr erfolgreich für das sogenannte Partnerschaftsprinzip im Bereich der Fördermittel ein. Regionale und lokale Gebietskörperschaften, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie eine Vielzahl von Organisationen, die die Zivilgesellschaft repräsentieren sollen während des gesamten kohäsionspolitischen Programmzyklus, also in die Vorbereitung, Umsetzung, Begleitung und Bewertung, eng einbezogen werden. In den Verhandlungen für die kommende Förderperiode fordern wir außerdem die Einbeziehung von Forschungseinrichtungen und Universitäten.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und Städten. Dafür werden wir uns auch in Zukunft im Europäischen Parlament einsetzen.

## D. BESSERE RECHTSETZUNG AUF EU-EBENE

### 10. BESSERE RECHTSETZUNG DURCH VERSTÄRKTE TRANSPARENZ, KLARHEIT UND BETEILIGUNG ERREICHEN

- Wie werden Sie zu einer besseren Rechtssetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen? Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistig-schöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?

Was die Praxisnähe bei der Rechtssetzung betrifft, so ist unsere Leitlinie das Subsidiaritätsprinzip. Wir treten dafür ein, dass Entscheidungsspielräume bei den demokratisch legitimierten Räten und Parlamenten verbleiben und so viel wie möglich vor Ort, in den Kommunen, nah an den Bürger\*innen entschieden wird. Dazu gehört aber auch, dass wir die EU dort stärker machen wollen, wo gemeinsames, grenzüberschreitendes Handeln notwendig und sinnvoll ist, wie zum Beispiel beim Klima- oder Umweltschutz.

Was die bessere Rechtssetzung auf EU-Ebene betrifft, so unterstützen wir ausdrücklich, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft im Gesetzgebungsverfahren anzuhören. Das Verfahren muss aber fair und transparent sein. Wir setzen uns für den Abbau von Bürokratie ein, darunter dürfen aber Umwelt- und Verbraucherschutz sowie soziale Gesetzgebung nicht leiden.

- Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Während einzelne Länder in der Globalisierung kaum noch Einfluss nehmen können, kann Europa neue Standards setzen. Dabei muss die Beteiligung der Bürger mit der Bedeutung der EU mitwachsen. Wir wollen das Europäische Parlament stärken. Es soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können. Wir fordern mehr Mitsprache unabhängig von Wahlterminen durch Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative. Um den Lobbydruck wirtschaftlich starker Interessen transparent zu machen, bestehen wir auf einem verbindlichen Lobbyregister für alle Institutionen. Die Rechenschaftspflicht gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit untergraben die Regierungen, indem sie geheim halten, welche Position sie im Rat vertreten. Wo gemeinsame Lösungen fehlen, machen nationale Regierungen "Brüssel" verantwortlich, obwohl nicht klar ist, inwiefern sie dafür selbst verantwortlich sein könnten. Wir fordern, dass Regierungen öffentlich machen müssen, welche Position sie im Rat vertreten.

## Die LINKE

### 1. DIE FREIBERUFLICHKEIT IM BINNENMARKT SICHERN, QUALITÄT UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN

- Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt? Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen? Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

Für DIE LINKE ist ein gut funktionierendes, transparentes und demokratisches System der Selbstverwaltung ein wichtiger Eckpfeiler in Deutschland und Europa. Hierüber lassen sich die fachlichen, wie sozialen und ökonomischen Interessen der Selbstständigen in die politische Entscheidungsfindung einbringen sowie die gesetzlichen Vorgaben und Regeln zur Sicherung von Qualität und Verbraucherschutz einhalten und europaweit ausbauen.

Im Hinblick auf den Berufszugang und die Berufsausübung steht für uns die Vergleichbarkeit der Zugangskriterien an oberster Stelle. Wir lehnen einen „Wettlauf von Standards nach unten“ ab. Die Qualität der Dienstleistungen und Verbraucherschutz lassen sich so nicht hinreichend sichern und auf hohem Niveau halten. Die freie Berufsausübung im Binnenmarkt ist uns wichtig. Allerdings sind die notwendigen Grundbedingungen durch die Selbstständigen und Beschäftigten in den jeweiligen Mitgliedsländern vorzuweisen, einzuhalten und die entsprechende Verantwortung dafür liegt für uns im Sinne der Subsidiarität bei den jeweiligen Mitgliedsländern.

DIE LINKE steht für Freizügigkeit und zugleich für die Einhaltung sozialer, ökonomischer Standards, in Europa. Wie für Beschäftigte setzen wir uns für die Wahrung der Rechte von Selbstständigen/Freiberuflern und Wissensarbeiter\*innen in der EU ein. Unabhängig von der Erwerbsform stehen wir dabei zum Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Das Herkunftslandprinzip lehnen wir klar ab. Ebenso die Ausweitung von Schein-Selbstständigkeit zur Umgehung von Steuern, Abgaben und entsprechenden Lohnzahlungen.

### 2. AUSBILDUNG FÜR ALLE FACHRICHTUNGEN DER ARCHITEKTUR UND PLANUNG AUF HOHEM NIVEAU SICHERN

- Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsanerkenntnisrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen? Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

DIE LINKE will generell hohe Standards und eine gute Qualifizierung sichern, um selbstständig und/oder abhängig Beschäftigt zu arbeiten. Nur eine gute Qualifikation, zeitgemäße und stetige Aus- und Weiterbildung schafft die Voraussetzung für eine gut entlohnte Arbeit und stabile soziale Sicherung. Wir wollen keinen Unterbietungswettlauf und Verdrängungswettbewerb, sondern eher diejenigen Menschen schützen und fördern, damit sie die notwendigen Abschlüsse, Zertifikate und Praxiserfahrungen erreichen können. In dieser Hinsicht unterstützt DIE LINKE ihre Forderungen zur

Sicherung und Vergleichbarkeit einer möglichst hohen Qualifikation und eines entsprechenden Ausbildungsniveaus in der EU.

### 3. DEN MARKTZUGANG KLEINER UND MITTELSTÄNDISCH ORGANISierter PLANUNGSBÜROS FÖRDERN

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann? Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? (s. auch Ziff. 4) Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinunternehmen zu erleichtern?

DIE LINKE sieht vor allem dringenden Handlungsbedarf in der Steuer- und Abgabenpolitik, die in den letzten Dekaden stets zu Gunsten höhere/höchster Einkommen und Gewinneinkommen größere Unternehmen ausgefallen ist. Unabhängig von der Rechts- und Eigentumsform haben unzählige kleinere KMU, (Solo-)Selbstständige, Handwerker, Freiberufler verloren. Wir wollen deshalb höhere Einkommen/Gewinne stärker belasten, damit untere Einkommen und in der Mitte die Steuer- und Abgabensätze gesenkt werden können. Eine solche gerechte Steuer- und Abgabenpolitik sorgt wiederum in der Breite zugleich für positive Nachfrageeffekte über eine Vielzahl von Branchen, was wiederum auch den Planungsbüros zu Gute käme.

Schließlich steht DIE LINKE für eine notwendige und überfällige Investitionsoffensive in Deutschland und der EU. Vor allem bei der Planung, Projektierung und Durchführung der vielerorts maroden öffentlichen Infrastruktur, des Aus- und Aufbaus transeuropäischer Netze (Strom, Glasfaser etc.) und zur ökologischen Transformation (Mobilität, Stadtentwicklung, Ver- und Entsorgung, Energie uvm.) liegen unzählige Geschäftsfelder und Einsatzmöglichkeiten der Planungsbüros, deren Fachwissen und Einsatz unverzichtbar ist.

Wir sind immer für den Abbau bürokratischer Hindernisse, wenn sie sinnvoll sind und vor allem nicht über Umwege dazu führen soziale, ökonomische Regeln zu „schleifen“ und etwa Arbeits- und Umweltstandards zu senken. In dieser Hinsicht setzt sich DIE LINKE wo es geht für erleichterte Antragsstellung bei der Auftragsvergaben und von Fördermitteln ein, was für uns zielführendere Instrumente sind als über die Steuergesetzgebung „Unternehmen“ pauschal zu fördern. Außer eine Umverteilung „von unten nach oben“ und hoher Mitnahmeeffekte zu fördern, hat dieser Ansatz über die Jahre für Kleinunternehmen und die Mehrheit der KMU nichts gebracht.

### 4. VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE QUALITÄTSORIENTIERT GESTALTEN – PLANUNGSWETTBEWERBE STÄRKEN

- Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern? Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken? Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

DIE LINKE besteht in jeder Debatte um das deutsche Vergabegesetz und auch bei der Erstellung eines Wettbewerbsregisters stets darauf, hier klarere Standards zu verankern mit der die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an die Gewährleistung und Einhaltung sozialer, ökonomischer und arbeitsrechtlicher Gesetze und Verordnungen gekoppelt wird. Für uns sind nicht der geringste Preis und die Wirtschaftlichkeit allein entscheidend, sondern die Qualität der Leistung und vor allem die Einhaltung von Recht und Gesetz bis in die letzten Glieder der Subunternehmervergabe. Verstöße müssen transparent geahndet, entsprechende Unternehmen von der Vergabe zunächst ausgeschlossen werden.

Analog sehen wir die europäische Auftragsvergabe in der Pflicht, mit denen Verstöße vergleichbar geahndet und die Vergabe qualitätsorientierter als bisher gestaltet werden muss. Sind die entsprechenden regulatorischen Grundlagen gegeben und werden die Finanzmittel im Sinne der erwähnten Investitionsoffensive erhöht, profitieren davon generell die KMU, Planungsbüros bzw. Berufsanfänger in kleinen Büros. Insoweit unsinnige bürokratische Hürden abzubauen und/oder spezifische Fördermodelle und Hilfen notwendig wären, würden wir uns auch dafür einsetzen, da

für uns die Unternehmensgröße oder Eigentums-/Rechtsform als solches überhaupt kein Qualitätskriterium ist.

## 5. PRAXISGERECHTE NORMUNG ERREICHEN

- Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen? Was werden Sie unternehmen, um ein Praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

DIE LINKE steht einer zunehmenden und immer detaillierteren Normensetzung skeptisch gegenüber, insbesondere, wenn sie der Umsetzung von Politikzielen an den Parlamenten vorbei dient. Eine höhere Effektivität und Praxistauglichkeit der Normen sowie die Kontrolle der Politik sind über mehr Transparenz und demokratische Mitsprache und Mitgestaltung bei der Normsetzung und Gesetzgebung zu erhöhen. Eine Vereinfachung und konsistente Gestaltung darf allerdings nicht zulasten von arbeitsrechtlichen, ökologischen und gesundheitlichen Standards gehen. Anstatt undifferenziert einem vermeintlichen Bürokratieabbau zugunsten großer privatwirtschaftlicher Bauunternehmen das Wort zu reden, sollten stärker die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen, von Selbstständigen, Freiberuflern und Beschäftigten sowie der Bürgerinnen und Bürgern in die Anhörungen, in die Meinungsbildung und in die Kontrolle von Legislative und Exekutive einfließen.

## 6. DIGITALE ENTWICKLUNG IN DER PLANUNGS- UND BAUBRANCHE FÖRDERN

- Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen? Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern? Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern?

DIE LINKE tritt generell für die Panoramafreiheit ein, also das Recht, von öffentlichem Grund aus Bilder von Kunst und Architektur sowie sonstigen geschützten Werken anzufertigen und diese Bilder auch zu veröffentlichen, ohne die Erlaubnis des bzw. der Rechteinhaber\*innen einzuholen. Wir streben in der EU eine Harmonisierung der Schranken an, und zwar inklusive einer harmonisierten Panoramafreiheitsschranke in der EU.

Digitale Arbeitsmethoden wie auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bieten große Potentiale etwa für die Nutzung und Auswertung von Daten, aber gleichzeitig entstehen berechtigte Sorgen um Arbeitsplätze wie auch um die Verschärfung der Konkurrenz zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen auf der einen und finanzstarken Unternehmen auf der anderen Seite. Transparenz und ethischer Einsatz von Algorithmen werden breit diskutiert, aber die Entwicklung von Ideen, wie dies umgesetzt werden kann und sollte, steht erst am Anfang. Besonders wichtig ist es, dabei Aspekte wie Datenschutz, Überwachung im Betrieb oder Mensch-Maschine-Interaktionen zu berücksichtigen und jegliche Diskriminierung durch automatisierte Entscheidungsfindung zu verhindern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Neu- und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer Modernisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einhergehen muss. Dazu gehört unbedingt ein Recht auf Weiterbildung, um auf die neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet zu sein. Die Digitalisierung muss sozial gerecht gestaltet sein: Nötig ist dafür auch die soziale Absicherung der Soloselbständigen und Crowdworker\*innen. Wir verfechten dabei strikt Open-Data-Konzepte: was mit öffentlichen Geldern finanziert wurde, muss der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

## 7. KLIMASCHUTZ, ENERGIEZIELE UND KLIMAAANPASSUNGEN ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE BETRACHTEN

- Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

DIE LINKE fordert seit langem eine Verbindung zwischen dem Energieeinsparrecht und dem Recht erneuerbarer Energien zu schaffen, wie es mit den unterschiedlichen Entwürfen eines

Gebäudeenergie-Gesetzes (GEG) auch geschehen soll. Allerdings dürfen EnEG/EnEV und EEWärmeG nur in der Form in ein gemeinsames Gesetz aufgehen, dass das Ergebnis ein nachhaltiges, klimagerechtes Bauen und Sanieren vorschreibt bzw. anreizt, und dies auch kontrollierbar und sanktionsfähig macht. Durchgesickerte Informationen über den GEG-Entwurf aus dem federführenden Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) lassen aber befürchten, dass dieser Entwurf umweltpolitisch ein enormer Rückschritt zum geltenden Recht darstellen würde. Dem werden wir uns energisch entgegenstellen. Zudem müssen die haushälterischen und mietrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um insbesondere bei der energetischen Gebäudesanierung Zusatzkosten für Mieterinnen und Mieter zu verhindern. Auch hier sind bislang kaum Ansätze zu erkennen, die eine annähernde Warmmietenneutralität von Sanierungen garantieren sowie den Missbrauch von Sanierungen zur Verdrängung von Mieterinnen und Mietern verhindern könnten.

Insgesamt muss der Anteil regenerativer Wärme am Gebäudebestand erhöht werden, wenn es sein muss durch Vorschriften über den Nutzungsanteil. Neue fossile Heizungen müssen in absehbarer Zeit verboten werden, ihre Förderung gehört abgeschafft. Gleichzeitig ist zu verhindern, dass sinnvolle Dämmmaßnahmen unterbleiben, weil auf den Bezug von Ökowärme verwiesen wird, denn auch regenerative Wärme ist endlich. Entsprechend ist das GEG zu abzufassen, dass die gegenseitigen Anrechenbarkeiten von Effizienz und Erneuerbaren Energien begrenzt werden. Darüber hinaus sollten die Entwicklung und der Einsatz gesunder Dämmstoffe gefördert werden. Existierende Register über den Einsatz so genannter grauer Energie beim Einsatz von Wärmeenergie und Baumaterialien sollten weiter entwickelt und genutzt werden.

- Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff und Energiequellen stärken?

Die größte Verschwendung von Flächen und Rohstoffen besteht unseres Erachtens zum einen in vielen überflüssigen und überdimensionierten Bauvorhaben, die nicht selten eine im Grundsatz falsch ausgerichteten Verkehrs- und Infrastrukturpolitik geschuldet sind. Ähnlich wirken Prunkbauten für Großunternehmen, aber auch für eine betuchte Klientel im Privatbereich. Zudem wird der stetig wachsende Pro-Kopf- Flächenverbrauch beim Wohnen zunehmend zu einem Problem. Genauer betrachtet nimmt die Fläche vor allem in oberen Einkommenschichten zu, während Niedrigverdiener\*innen Verdrängung durch Mietpreisexplosion droht. Daneben gibt es einen wachsenden Anteil Alleinstehender.

Um den Flächenverbrauch zu senken ist eine nachhaltige Infrastrukturpolitik ebenso notwendig, wie Anreize, Wohnflächen gemeinsam zu nutzen. So könnten Flächenpools für Neuversiegelung begrenzt werden und Entsiegelungsvorschriften verschärft. Neue Formen von Wohngemeinschaften, Hilfen bei Umzügen (ohne höhere Quadratmeter-Miete) für Menschen, die in mittlerweile zu großen Wohnungen wohnen u.ä.m. könnten gegen zusätzlichen Flächenverbrauch gegensteuernd wirken. Nicht zuletzt sollten Bauvorschriften das weitgehende demontieren, wiedernutzen und hochwertige recyceln von Baumaterialien regeln.

Die oben skizzierte Begrenzung der Anrechenbarkeit erneuerbarer Wärme gegenüber Effizienzmaßnahmen am Gebäude innerhalb des künftigen GEG auf das unbedingt notwendige Maß zur Restwärmeversorgung würde dahin wirken, Ökowärme als wertvolle Ressource zu betrachten.

- Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren?

Die entsprechenden Programme auf EU- und nationaler Ebene sollten ernsthaft dem Umbau der Infrastruktur in den Städten so vorantreiben, dass Menschen in einer sich leider erwärmenden Welt mit länger anhaltenden Hitzeperioden im Sommer vernünftig leben können. Viele Instrumente dafür existieren bereits, werden aber durch Praxis, Vollzugsdefizite oder Ausnahmeregelungen untergraben. Künftig müssen Grünareale und Frischluftschneisen tatsächlich geschützt und offen gehalten werden. Überlegt werden sollte zudem, inwieweit Außenverschattungen von Gebäuden, auch im Bestand, erleichtert bzw. überhaupt erst zulässig gemacht werden können. Die Fensterlade gegen die heiße Mittagssonne darf auch in deutschen Städten kein Tabu sein. Dem vorausgehen muss eine völlig neue Form der Mobilität, gerade im städtischen Bereich.

## 8. INTELLIGENTE TECHNOLOGIEN IM GEBÄUDEBEREICH SINNVOLL EINSETZEN

- Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen? Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Wir unterstützen Ihren Gedanken, dass Gebäude hinsichtlich Energieeffizienz gesamtheitlich betrachtet werden sollen, um einen möglichst umfangreichen ressourcenschonenden Effekt zu erzielen. Am Ende werden aber Preise genauso limitierend sein, wie etwa die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien und umweltschonender Baumaterialien. Dementsprechend sind hier Kompromisse notwendig, da unserer Siedlungs- und Gebäudestruktur im Wettlauf gegen die Klimaerwärmung vergleichsweise schnell und bezahlbar umgebaut werden müssen. Dabei muss zunächst die zusätzliche Nachfrage nach Fläche gestoppt werden, siehe oben. Für den Umbau sehen wir architektonische wie technische Lösungen, die sinnvoll miteinander kombiniert werden müssen. Der Rahmen der EU-Gebäuderichtlinie, etwa über Niedrigstenergiehäuser, scheint uns im Grundsatz geeignet, den Neubau entsprechend auszurichten. Für die energetische Gebäudesanierung sehen wir jedoch auf europäischer Ebene ähnliche Defizite, wie auf nationaler.

Bislang planen wir keine Strategien zur Förderung digitaler Techniken in Gebäuden.

## 9. BAUKULTUR STÄRKEN UND GRUNDSÄTZE EINER INTEGRATIVEN UND NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG BERÜCKSICHTIGEN

- Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, das Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern? Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU- Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, dass Baukultur nicht als schmückender Zierrat betrachtet, sondern als ein nachhaltiger schöpferischer Vorgang zur Schaffung und zum Erhalt einer planvoll gebauten Umwelt verstanden und praktiziert wird. Bauen ist mehr als Profitschöpfung. Es ist selbst eine kulturhistorische Leistung, weil von der Qualität planvollen Bauens die Lebensqualität ganzer Generationen mitbestimmt wird. Wenn diese Prämisse das Handeln politischer Verantwortlicher auf allen Entscheidungsebenen leiten würde, könnte die Kultur des Bauens über die Unkultur der Standort- und Höchstgebotsvermarktung gehoben werden.

Leider nutzt die Europäische Kommission immer wieder die Bestimmungen des EU-Wettbewerbsrechts, die Bau- und Wohnungspolitik der Mitgliedstaaten im Sinne der Prinzipien ökonomischer Effizienz und des ungehinderten Kapitalflusses auszurichten. Das Beispiel der Niederlande hat gezeigt, dass dies als Vorwand dazu dienen kann, soziale und baukulturelle Errungenschaften zu schleifen. Deshalb werden wir uns für die von einem Städtebündnis vorangetriebene European Urban Agenda stark machen und uns dafür einsetzen, das Beihilferecht, die EU-Förderbedingungen und die finanzmarktpolitische Regulierung stärker auf Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlziele auszurichten und die Städte stärker in Entscheidungsprozesse von EU-Kommission und -Parlament einzubinden.

## 10. BESSERE RECHTSETZUNG DURCH VERSTÄRKTE TRANSPARENZ, KLARHEIT UND BETEILIGUNG ERREICHEN

- Wie werden Sie zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen?

Wir wollen, dass das Europäische Parlament gleichberechtigt im Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene wird und auch eigene Initiativen einbringen wird. Von den gewählten Abgeordneten erwarten wir auch eine größere Nähe zu den praktischen Problemen der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich

wollen wir stärker auf die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes achten - die EU hat hier die Tendenz, letztlich alles zu einem Problem der Herstellung des Binnenmarktes zu machen. Das befördert technokratische, aber wenig praktikable Lösungen.

- Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistigschöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?

Hier ist aus unserer Sicht vor allem die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand betroffen, die unter anderem durch die Konzeption der regionalen EU-Fördermittel und des EU-Vergaberechts bürokratisiert ist. Wir treten für eine Entbürokratisierung ein, die sich von einer reinen Vergabe nach Kennziffern löst und mehr Freiraum für Kommunen und planende Berufe lässt.

- Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Neben dem Lobbyistenregister im Europäischen Parlament fordern wir ein solches Register für alle EU-Institutionen. Denn hier laufen oft die wesentlichen Vorbereitungen für Gesetzgebungsverfahren, beispielsweise im Rahmen von Folgeabschätzungen. Hier soll allen Betroffenen die Möglichkeit der Stellungnahme gegeben werden - ihre Beteiligung muss dann aber auch offen erfolgen.

## Freie Demokraten, FDP

### 1. Die Freiberuflichkeit im Binnenmarkt sichern, Qualität und Verbraucherschutz stärken

- Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt?

Wir Freie Demokraten wollen die Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Freie Berufe und Selbstständige sichern und erleichtern. Dies ist Grundlage eines fairen Wettbewerbs in Europa. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) haben sich bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Insbesondere die in Deutschland herrschenden hohen Standards beim Verbraucherschutz und der Qualifikation dürfen nicht ausgehöhlt werden. Deshalb werden wir bei Rechtsakten der EU für eine Sicherung dieser Aspekte eintreten.

- Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen?

Von besonderer Bedeutung ist für uns Freie Demokraten die Beibehaltung der freiberuflichen Selbstverwaltung, der Versorgungswerke sowie der Erhalt der HOAI. Hierfür werden wir uns auf europäischer Ebene einsetzen.

- Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufs-zugang und Berufsausübung?

Wir Freie Demokraten kritisieren, dass die freiberufliche Selbstverwaltung in Form der Kammern auf der europäischen Ebene zunehmend infrage gestellt wird. Das in Deutschland etablierte Kammersystem ist ein herausragendes Beispiel, wie Qualitätssicherung und Verbraucherschutz durch die Kammern sichergestellt werden. Zusätzliche Regulierung durch den Gesetzgeber wird dadurch obsolet. Als Freie Demokraten sprechen wir uns deshalb gegen Eingriffe der EU in die Selbstverwaltung und Selbstkontrolle der Kammern aus.

### 2. Ausbildung für alle Fachrichtungen der Architektur und Planung auf hohem Niveau sichern

- Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsanerkenntnisrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen?
- Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freien Demokraten engagieren uns für einen europäischen Binnenmarkt und treten für eine umfassendere wechselseitige Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen ein. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Qualitätsunterschiede in der Ausbildung an Bedeutung verlieren. Die Ausbildung von Architekten und Ingenieuren in Deutschland hat sich bewährt und genießt international Anerkennung. Im Rahmen der Harmonisierung dürfen diese Standards nicht aufgegeben werden. Ein Standard von fünf Jahren akademischer Ausbildung zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit bei Architekten sichert eine hohe Qualität, mindestens sind aber vier Jahre Vollzeitstudium bei der akademischen Ausbildung notwendig.

### 3. Den Marktzugang kleiner und mittelständisch organisierter Planungsbüros fördern

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern?
- Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Im Vergleich zu Großunternehmen stellen bürokratische Vorgaben für den Mittelstand eine besondere Belastung dar. Wir begrüßen daher die formelle allgemeine Anerkennung des „Think Small First“-Prinzips, wollen es jedoch in der Praxis stärker zur Geltung bringen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Folgenabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflichtend angewendet wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen, wollen wir bestehende Förderprogramme wie „Horizont 2020“ und das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) beibehalten und weiterentwickeln.

Die Einführung der neuen digitalen Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) stellt die vielen kleinen Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros ebenfalls vor Herausforderungen. Hier sind insbesondere gemeinsame Schnittstellen und Standards erforderlich, um Markteintrittsbarrieren für KMU zu verhindern. Zudem ist eine Roadmap erforderlich, die effiziente und abgestimmte Maßnahmen zur Flankierung dieses technologischen Umbruchs gemeinsam mit den Freien Berufen vorantreibt.

- Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? (s. auch Ziff. 4)
- Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinstunternehmen zu erleichtern?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind von bürokratischen Anforderungen besonders betroffen. Diese binden nicht nur enorme Ressourcen, sondern verhindern in manchen Fällen die Teilnahme an Vergabeverfahren gänzlich. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Unternehmer wieder mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben erhalten. Dazu fordern wir auf europäischer Ebene einen Normkontrollrat, der unter anderem auch unnötige Hürden bei der Teilnahme an Vergabeverfahren, aber auch im Rahmen von Antragsverfahren für EU-Fördermittel kritisch betrachten soll.

Wir Freie Demokraten halten es zudem für wichtig, bestehende europäische Gesetze und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in, two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Für jede zusätzlich beschlossene Regulierung beziehungsweise Belastung müssen in doppeltem Umfang Belastungen abgeschafft werden.

### 4. Vergabe öffentlicher Aufträge qualitätsorientiert gestalten – Planungswettbewerbe stärken

- Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern?
- Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken?
- Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Qualität einer Vergabe ist in hohem Maße von der Kompetenz der jeweiligen Vergabestelle abhängig. Hierfür sind die Rahmenbedingungen in den jeweiligen Kommunen von hoher Bedeutung. Als Freie Demokraten sehen wir in der Digitalisierung der Verwaltung enormes Potential, um Vergabeverfahren geordneter und damit qualitätsorientierter durchführen zu können. Auch Planungswettbewerbe spielen dabei eine wichtige Rolle, da damit ein gut strukturiertes und transparentes Vergabeverfahren gewährleistet werden kann. Hiervon profitieren insbesondere kleinere Planungsbüros. Auch der Abbau von überzogenen Anforderungen und Nachweisen für die Teilnahme an Wettbewerben würde es kleineren Planungsbüros ermöglichen, sich mit guten Konzepten am Markt zu positionieren. Zudem sehen wir Freien Demokraten in Planungswettbewerben ein Vergabeinstrument, das kreative Lösungen fördert und damit auch einen Beitrag zur Baukultur leisten kann. Wir treten außerdem dafür ein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpassung des Vergaberechts zu erleichtern.

#### 5. Praxisgerechte Normung erreichen

- Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen?
- Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

Wir Freien Demokraten verfolgen aktuelle Bemühungen zur Reduktion und Vereinheitlichung von Standards und Normen mit großem Interesse. Von besonderer Bedeutung ist für uns dabei die Gewährleistung von konsistenten und widerspruchsfreien Regelungen, die neben den technischen Anforderungen auch ökonomische Belange berücksichtigen müssen. Hier sind in erster Linie die Fachleute der Verbände, Wirtschaft, Wissenschaft und Planer in der Verantwortung praxisgerechte Lösungen im Normgebungsverfahren zu formulieren. Sofern Entscheidungen auf politischer Ebene Unterstützung benötigen, werden wir Freien Demokraten immer für eine sachgerechte, rechtssichere und anwendungsfreundliche sowie unbürokratische Lösung kämpfen.

#### 6. Digitale Entwicklung in der Planungs- und Baubranche fördern

- Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?

In der Praxis wird es durch das digitale Planen und Bauen oberflächlich betrachtet zwar vermehrt zu einem Verwischen zwischen den Arbeiten verschiedener Akteure an einem digitalen Projekt kommen. Es ist keine Frage, dass mehr als bisher „Hand in Hand“ gearbeitet wird. Tatsächlich aber kann die Software besser denn je festhalten, wer welchen Beitrag geleistet hat. Einen prinzipiellen Unterschied, ob ein Werk mit oder ohne BIM von mehreren Urhebern erstellt wird, gibt es nicht. Zudem ist es durch die Anwendung von BIM prinzipiell einfacher, auch komplexere Modelle auf andere Bauprojekte zu übertragen und sich so die Planungskosten bei der zweiten Verwertung zu sparen. Es ist daher wichtiger denn je, dass sich Auftraggeber und Auftragnehmer individualvertraglich auf klare Regelungen für Nutzungsrechte einigen.

Für die Zukunft gilt es, noch offene Fragen zu klären, inwieweit der Schutz geistigen Eigentums für Bauwerksdatenmodelle verbessert werden muss, etwa mit Blick auf die Verwendung der Daten.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern?

Die EU BIM Task Group hat im Auftrag der Europäischen Kommission ein Handbuch entwickelt, das sehr klar beschreibt, wie eine hohe Qualität im Planen und Bauen durch die Einführung von BIM erreicht werden kann. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Hinweise zu beherzigen und umzusetzen. Anschließend muss geprüft werden, wie wir noch höhere Niveaus erreichen können. Im Europäischen Parlament werden wir Freien Demokraten dafür Sorge tragen, dass dieser Prozess, der von der EU BIM Task Group in den letzten Jahren in einer vorbildlichen Weise voran-getrieben wurde, jetzt nicht einschläft. Bemerkenswert ist, dass dabei vor allem die Briten eine führende Rolle gespielt haben. Das heißt für uns zweierlei: Erstens muss sich Deutschland, also auch die deutsche Bundesregierung, in Zukunft mehr als bisher einbringen und zweitens dürfen wir die hervorragenden Kontakte nach Großbritannien in diesem Themenbereich nicht verlieren.

- Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern?

Wir Freie Demokraten sehen im Einsatz digitaler Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz (KI) große Chancen für die Planungs- und Baubranche. Gerade das Building Information Modeling wird das Planen, Bauen und den Gebäudebetrieb revolutionieren. Allerdings müssen die vielen kleinen Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros bei der Einführung der neuen digitalen Arbeitsmethoden unterstützt werden. Insbesondere sind gemeinsame Schnittstellen und Standards erforderlich, um Markteintrittsbarrieren für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verhindern. Im Bereich der KI fordern wir die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie mit der Erarbeitung von zukunftsweisenden Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

#### 7. Klimaschutz, Energieziele und Klimaanpassungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten

- Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

Wir Freie Demokraten stehen für eine technologieoffene Energie- und Klimaschutzpolitik. Für uns ist klar, dass es sich dabei um eine weltweite und branchenübergreifende Aufgabe handelt. Sektoral und regional isoliert gesetzte Ziele zur Emissionsminderung machen wenig Sinn, damit gepaarte Subventionen und staatliche Verbote und Vorschriften konterkarieren sogar oft die Ziele. Deshalb lehnen wir auch den verpflichtenden Einsatz von erneuerbaren Energien oder bestimmter Produkte und Rohstoffe ab. Stattdessen wollen wir innovative und nachhaltige Technologien durch eine gezielte Forschungsförderung konkurrenzfähig machen und somit helfen, diese am Markt zu platzieren.

- Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff- und Energiequellen stärken?

Wir Freien Demokraten setzen uns auch weiterhin für das Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung ein. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen zur Nachverdichtung bestehender Quartiere und zum ressourcenschonenden Umgang mit der Fläche. Große Potentiale sehen wir dabei in der Dachaufstockung und dem Dachausbau durch deren Hilfe wir nicht nur zusätzlichen Wohnraum in den Städten schaffen wollen, sondern auch zusätzlich bestehende Bausubstanz nutzen und somit Ressourcen schonen.

- Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren?

Die Europäische Kommission hat bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl an Projekten zur Klimaanpassung und zur Verbesserung der Grünen Infrastruktur unterstützt. Ideen wie die eines transeuropäischen Netzwerks Grüner Infrastruktur sollen auch weiterhin im Rahmen der EFRE-Förderung finanziell unterstützt werden. Zudem sehen wir Freien Demokraten in der Forschungsförderung einen wichtigen Baustein, um geeignete Maßnahmen zur Anpassung der gebauten Umwelt und der Natur an die sich im Zuge des Klimawandels verändernden Lebensbedingungen zu entwickeln. Die Forschungsförderung muss deshalb nach unserer Ansicht ein zentraler Teil der Förderpolitik der EU sein

#### 8. Intelligente Technologien im Gebäudebereich sinnvoll einsetzen

- Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?
- Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Die Digitalisierung des Gebäudesektors bietet sowohl den Nutzern als auch den Eigentümern zahlreiche Vorteile. Grundvoraussetzung für den Einsatz vernetzter und intelligenter Technologie im Gebäudesektor sind leistungsfähige Kommunikationsnetze. Deswegen wollen wir die europäische Glasfaserinfrastruktur und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche mithilfe der Connecting Europe Facility vorantreiben. Dazu soll der EU-Haushalt Sofortmaßnahmen der Mitgliedstaaten fördern. Zur Finanzierung des europaweiten Glasfaserausbau und des Infrastrukturaufbaus sollte der europäische Haushalt dort, wo nationale Anstrengungen nicht ausreichen, Mittel für den europaweiten Ausbau bereitstellen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass beim Aufbau moderner

Datennetzwerke Datensicherheit und Netzintegrität garantiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.

Wir Freie Demokraten wollen zudem bessere europäische Rahmenbedingungen für Start-ups und sonstige Gründerinnen und Gründer erreichen, weil Unternehmergeist, Innovation und Digitalisierung nicht an Ländergrenzen enden dürfen. Dazu fordern wir europäische Digital-Freiheitszonen. Sie haben im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einem höheren Freiheitsgrad, unterliegen europäischem Recht und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern. Zudem treten wir für eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen ein. Diese soll radikale und disruptive Innovationen (Sprunginnovationen) befördern, indem sie koordiniert und Rahmenbedingungen für Innovation verbessert. Sie soll ein außerordentlich hohes Maß an Unabhängigkeit von politischer Steuerung und Kontrolle erhalten sowie eine große Flexibilität beim Management ihrer Programme. Der Schwerpunkt ist auf eine schnellstmögliche Prototyp-Entwicklung zu legen.

#### 9. Baukultur stärken und Grundsätze einer integrativen und nachhaltigen Stadtentwicklung berücksichtigen

- Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, das Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?
- Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?
- 

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Auch wir Freie Demokraten begrüßen, dass durch die Davos-Erklärung eine hochwertige Baukultur international an Bedeutung gewinnt. Angesichts aktueller Entwicklungen wie steigende Urbanisierung, Ausdünnung einiger ländlicher Räume, demografischer und technologischer Wandel, steigender Mobilität etc. muss Baukultur immer mehr sektorübergreifend und interdisziplinär gedacht und realisiert werden.

Baukultur wird vor Ort entschieden. Deshalb tragen die Verantwortlichen von Politik und Verwaltung in den Kommunen auch diesbezüglich eine hohe Verantwortung. Die Einbindung aller an einer klugen Stadtentwicklung Interessierten in die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungsprogramms und der dafür erforderliche Einsatz der zur Verfügung stehenden Städtebaufördermittel sind wichtige Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels. Zudem setzen wir uns dafür ein, auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bei wichtigen Bauvorhaben bereits im Planungs- und auch im Bauprozess frühzeitig einzubinden.

Wir begrüßen es, wenn über europäische Initiativen der Austausch von Erfahrungswerten und Konzepten zum Erreichen einer hohen Baukultur unterstützt wird. Zugleich erfordert das Ziel einer anspruchsvollen Baukultur es auch, dass den Architekten und Ingenieuren genügend Raum für kreatives Bauen gelassen wird. Beispielsweise halten wir überzogene Standards seitens europäischer oder nationaler Politik mit kleinteiligen technischen Vorschriften, etwa zur Energieeffizienz, nicht für zielführend. Hier setzen wir stattdessen auf Technologieoffenheit über die Sektorgrenzen hinweg. Baukultur, historisches Kulturerbe und der Denkmäler sind als Zeitzeugen der europäischen Geschichte auch identitätsstiftend für die Menschen in Europa. Wir setzen uns daher dafür ein, dass diese Errungenschaften erhalten und gepflegt werden. Wir fordern beispielsweise die Einführung eines europaweiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutz des europäischen Kulturerbes. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese europaweit miteinander vernetzen. Die Gewinnung von privaten und institutionellen Mitgliedern soll dabei in ganz Europa mit besonderem Nachdruck verfolgt werden

#### 10. Bessere Rechtsetzung durch verstärkte Transparenz, Klarheit und Beteiligung erreichen

- Wie werden Sie zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen?

Wir stimmen Ihnen zu, dass die Einbeziehung von Betroffenen von großer Bedeutung ist, um Praxisbezug der Rechtssetzung zu gewährleisten. Für mehr Praxisnähe halten wir es außerdem für wichtig, bestehende europäische Gesetze und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in, two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Gesetze und Verordnungen sollen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel (nach dem Vorbild der „Sunset-Klausel“, zum Beispiel in den USA) mit einem Ablaufdatum beschlossen werden. Wir begrüßen, dass die Kommission grundsätzlich eine kritische Folgenabschätzung für neue EU-Vorhaben durchführt, bemängeln aber, dass dieser wichtige Schritt aus politischen Gründen manchmal entfällt. Auch während des EU-Gesetzgebungsprozesses beschlossene grundlegende Änderungen sollten vom Rat und Parlament auf ihre Folgen hin geprüft werden.

Zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips wollen wir Freie Demokraten bei der Subsidiaritätsrüge im Sinne des Vertrages von Lissabon die Frist von derzeit acht auf mindestens zwölf Wochen verlängern. Um die nationalen Parlamente europafähiger zu machen, sollten sie intern verlässliche Strukturen aufbauen, die ihnen eine effektive Nutzung der Subsidiaritätsinstrumente ermöglicht. Außerdem wollen wir die Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern erweitern, damit sie auch direkt beim Europäischen Gerichtshof Klage erheben können. Ferner sollen die Parlamente nicht nur die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips, sondern auch das Fehlen einer Rechtsgrundlage rügen können. In Deutschland sollten sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat dieses Klagerecht erhalten.

- Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistig-schöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?

Wir Freien Demokraten stehen für den Schutz geistigen Eigentums und eine faire Entlohnung der Urheber. Dafür werden wir uns auch künftig einsetzen.

- Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrates und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) live übertragen werden und die Protokolle dieser Sitzungen und Ratsdokumente online veröffentlicht werden. Mit mehr Transparenz erreichen wir, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten stärker als zuvor als zweite Kammer innerhalb der Europäischen Union agieren und den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher wird, wie die nationalen Positionen zu EU-Themen begründet werden und welche Gesetzgebungsverfahren ihren Alltag beeinflussen könnten. Hierbei können auch Kammern und Verbände einen wichtigen Beitrag leisten, indem Sie frühzeitig über Konsultationsverfahren informiert und eingebunden werden.

## AfD

### Vorwort

Der Beantwortung der Fragen sei vorausgeschickt, dass die AfD eine freiheitliche Partei ist, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und sich im Vergleich zu anderen Parteien nicht speziellen Interessengruppen verpflichtet fühlt.

Sollte also Jahrhunderte altes Standesdenken der freien Entfaltung der Bürger entgegenstehen, so werden wir uns immer für Letzteres entscheiden. Aus diesem Verständnis heraus ist die Beantwortung der folgenden Fragen zu verstehen.

#### 1. Freiberuflichkeit in Binnenmarkt

Wir sind uns sicher, dass die freien Berufe durch ihre Verbände hervorragend vertreten sind. Wir sind der Meinung, dass es hierzu keines zusätzlichen staatlichen Einsatzes bedarf.

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bestehen in Deutschland auf sehr hohem Niveau. Beim Berufszugang ist stark zu differenzieren. So ist es ein großer Unterschied, ob wir sicherheitsrelevante Berufe beschränken oder nicht sicherheitsrelevante. Ein Klempner, der für Gasanschlüsse zuständig ist, sollte einer staatlichen Kontrolle unterliegen. Ob das Gleiche auch für einen Fliesenleger gilt, ist stark zu bezweifeln.

## 2. Ausbildung

Die Ausbildungszeiten sind in Deutschland eher zu lang als zu kurz. Wichtig erscheint uns, die Qualität der Ausbildung anzuheben. Dies fängt schon im Kindergarten an, geht über die Schule bis zum Studium. Die AfD wird sich dem Thema Ausbildung ganzheitlich annehmen.

## 3. Marktzugang

Die AfD steht uneingeschränkt zu europäischen Binnenmarkt. Der Marktzugang soll jedem in gleichem Maße offenstehen. Die immer wieder geforderte Förderung von Partikularinteressen widerspricht dem fundamental.

## 4. Öffentliche Auftragsvergabe

Die notwendige Qualität hat der Kunde zu definieren, nicht der Lieferant. Die öffentlichen Haushalte befinden sich größtenteils schon über der Belastungsgrenze. Schuld daran sind nicht nur übermäßige Sozialleistungen, sondern auch völlig überzogene Vorgaben, mit denen öffentliche Gebäude errichtet werden. Die AfD tritt daher dafür ein, diese Vorgaben massiv abzubauen und die Prozesse zu verschlanken und zu beschleunigen.

Möglichkeiten zur Kostenreduktion bestehen neben der Einsparung bei den Materialien und der Beschränkung auf das Notwendige insbesondere in der Größendegression und der Standardisierung. Ein weiteres Mittel ist die Vergabe im Rahmen von Investoren- statt Architektenwettbewerben, denn nur so ist garantiert, dass das Geplante auch kostengünstig umgesetzt wird und es nicht zu Mehrkosten oder Minderleistungen kommt.

## 5. Normung

Normen schränken die Gestaltungsfreiheit ein. Trotzdem sind sie zu begrüßen, da sie im Gegenzug auch Marktzugänge ermöglichen und zu Größendegression und damit zu Kostensenkungen führen.

Das Setzen von Normen hat also Vor- und Nachteile und muss daher sehr ausgewogen stattfinden. Die AfD wird sich auch auf europäischer Ebene damit beschäftigen, bittet aber um Verständnis, hier aufgrund der Komplexität keine konkreteren Aussagen treffen zu können.

## 6. Digitale Entwicklung

Auch digitale Dienstleistungen und Produkte stehen unter dem Schutz des Eigentums. Die Gesetzgebung muss sich neuen Techniken bei Bedarf anpassen.

Die Förderung und Steuerung von Wirtschaftsprozessen kann hingegen nicht staatliche Aufgabe sein. Hier ist die Wirtschaft und konkret die Unternehmen gefragt.

## 7. Klimaschutz

Bauten sind langfristige Güter mit Ansprüchen, die über die reine Wirtschaftlichkeit hinausgehen. Langlebigkeit, Wartungsfreundlichkeit, Materialwahl und nicht zuletzt die architektonische Qualität entscheiden über das Wohlbefinden von Generationen von Nutzern.

Neuentwicklungen, seien es Energetische (Beispiel Wärmepumpen) müssen ausgereift sein und sich subventionsfrei rentieren. Nachhaltig wird Bauen primär durch die Nutzungsdauer von Gebäuden. Ressourcenschonendes Bauen verlangt gründliche, an regionalen Gegebenheiten angepasste Planungs- und Genehmigungsprozesse. Speziell für die Klimawandelanpassung gibt es keine Lösungen „von der Stange“. „Grüne“ Infrastruktur kann nie isoliert vom Gesamtfeld urbaner Anforderungen betrachtet werden.

## 8. Technologien

Den Einsatz von Technologien entscheiden Unternehmen und nicht der Staat. Unternehmen schaffen durch ihre Angebotspolitik im positiven Fall Nachfrage und im negativen Fall werden die Angebote von den Nachfragern nicht oder nur gering nachgefragt.

Den Zwang zur Einführung neuer Technologien vom Brandschutzmelder bis zu Isoliermaterialien lehnt die AfD strikt ab. Es ist der Bürger und Kunde der hierüber zu entscheiden hat und kein bevormundender Staat.

#### 9. Baukultur und Stadtentwicklung

Kultur findet vor Ort statt. Das gilt auch für Baukultur und Stadtentwicklung. Die AfD unterstützt die nationale und regionale Vielfalt in diesen Bereichen. Die EU hat sich aus diesen Felder herauszuhalten.

#### 10. Rechtsetzung durch EU

Bauen ist ein nationales Thema. Die EU ist damit völlig überfordert, von Schottland bis Sizilien Baustandards zu setzen und Vorschriften zu vereinheitlichen.

Eine Transparenz ist im Rechtsetzungsprozess der EU nicht gegeben. In unübersichtlichen Abstimmungspaketen werden dort in kürzester Zeit Gesetze durchgewinkt, die kaum einer versteht, die aber auf nationales Recht wirken.

Diesem Treiben muss ein Ende gesetzt werden. Die Tätigkeit der EU muss auf wenige, ausschließlich europarelevante Bereiche zurückgestutzt werden. Der Rest muss wieder in nationaler Souveränität geregelt werden. Dafür steht die Alternative für Deutschland.